

Bezugspreis:

Wochensatz 30,- M., monatlich 10,- M., für ein Jahr 120,- M., voraus zahlbar. Bei Bezug monatlich 10,- M., erst nach Stellungsgeld. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal, Postzeitung 21,50 M. Postzeitungen nehmen an Österreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eintragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Sonabend, den 29. Januar 1921

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Normaleizelle kostet — M., Druckaufschlag 50%, „kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 1.— M., (zählend zwei Zeilen gedruckt Wort), jedes weitere Wort 60 Hg., Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 60 Hg., jedes weitere Wort 40 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Druckaufschlag 50%, Familien-Anzeigen für Abonnenten 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— M., die Zeile ohne Aufschrift. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 3, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Frage jeden **Oberschlesier**, den Du kennst,
ob er seine vaterländische Pflicht erfüllt und seinen Stimmantrag vollzogen hat.
Sonst muß er sich sofort an die nächste Ortsgruppe der
Bereinigten Verbände heimatstreuer Oberschlesier
wenden

Einigungsversuch in Paris.

Paris, 28. Januar. Der diplomatische Mitarbeiter der Havas-Agentur berichtet über die heutige Vormittags-Sitzung des Ausschusses, dem die Aufgabe zufällt, einen Entwurf über das Reparationsproblem auszuarbeiten. Die um 11 Uhr eröffnete Sitzung dauerte 2½ Stunden. Von den französischen und belgischen Delegierten wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet. Nach einer langen Erörterung schien man endlich als Verhandlungsbasis das folgende Zahlungssystem festgestellt zu haben. Deutschland soll

zweihundertzig Jahreszahlungen

leisten, die in den ersten fünf Jahren je drei Milliarden Goldmark betragen. In den darauffolgenden fünf Jahren je sechs Milliarden Goldmark und in den 32 kommenden Jahren je sieben Milliarden Goldmark. Das sind die Grundzüge des Abkommens von Boulogne. Außerdem soll von Deutschland die Zahlung von Annuitäten verlangt werden, die sich nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit berechnen, indem ihm eine

Steuer auf seine Ausfuhr in Höhe von 10—15 Proz.

aufgelegt wird. Diese Steuer soll von der Reparationskommission erhoben werden. Dieser Vorschlag geht von dem belgischen Delegierten bei der Reparationskommission de la Croix aus. Um Deutschland zu einer rascheren Regelung seiner Schulden zu veranlassen, soll ihm für Vorauszahlungen bis zu 8 Prozent Diskont bewilligt werden. Der Ausschuss hat berechnet, daß das aufgestellte System 100 bis 150 Milliarden Goldmark erzielen würde. An Stelle der 65 Milliarden Goldmark, die das Abkommen von Boulogne vorsieht. Die englischen Delegierten hätten, da Lord d'Abernon gesagt habe, der Plan stelle einen Fortschritt dar, den Entwurf mit Sympathie aufgenommen. Sie hätten sich ihren Entschluß vorbehalten, bis sie Lloyd George Bericht erstattet hätten, weil das vorgeschlagene System einen Zusatz zu dem Boulogner Abkommen darstelle. Der Ausschuss hat sich alsdann bis ¼4 Uhr nachmittags vertagt. Die Nachmittags-Sitzung ist nicht pünktlich eröffnet worden. Ministerpräsident

Briand hatte vorher eine Unterredung mit Lloyd George und Lord Curzon.

Erst nach 4 Uhr ist Briand am Quai d'Orsay angekommen und mit ihm die englischen Delegierten. Die Sitzung hat alsdann begonnen. Wie von anderer Seite mitgeteilt wird, glaubt man nicht, daß die Konferenz heute noch eine Plenarsitzung abhalten werde.

Die Nicht-Entente.

Paris, 28. Januar. (WIB.) Nach Berliner hat Briand Lloyd George mit einer französischen Ministerkrisis gedroht, worauf Lloyd George erklärt habe, das sei ein Grund mehr, um ein für alle Male zum Schluss zu kommen. Er habe konkrete Vorschläge gemacht, die im Abkommen von Boulogne enthalten seien. Briand aber habe nichts Positives vorgebracht.

„Times“ für Frankreich.

London, 28. Januar. (WIB.) Ein eingehendes Bild über die Lage in Paris bringt der dortige „Times“-Berichterstatter. Er schreibt: Die Ausschüsse der Konferenz haben sich keineswegs gebessert. Die vom französischen Finanzminister genannte Summe ist weit entfernt von allem, was bisher die Grundlage für die Besprechungen gebildet hat. Der Berichterstatter verzeichnet das Gerücht, daß Lloyd George Briand gesagt habe, wenn dieser Doumer nicht selbst fallen lasse, dann täte die britische Delegation besser, ihre Koffer zu packen und heimzukehren. Der „Times“-Bericht fährt fort: Briand und die übrigen französischen Delegierten sind alle auf keinen Fall der Ansicht Doumer. Wenn die britische Regierung nicht ihre Zustimmung zu Bürgschaften oder etwaigen Zwangsmassnahmen gebe, so ist ein ernstes Liebesverbot in der Reparationsfrage nicht möglich. Wenn England dagegen bereit ist, gegen Deutschland Hand in Hand mit Frankreich und den anderen Alliierten zu gehen, so werden wahrscheinlich Zwangsmassnahmen niemals notwendig werden. Es ist notwendig,

eine Warnung

zu erteilen, die sehr ernst genommen werden muß. Frankreich wolle eher die Durchführung des Friedensvertrages auf eigene Hand erzwingen, als sich die Reparation nehmen lassen, die es zum

Wiederaufbau der zerstörten Gebiete braucht. (Dabei lehnt es deutsche Arbeit im zerstörten Gebiet ab! Red.) In dieser Frage besteht keine Meinungsverschiedenheit zwischen den französischen Staatsmännern, die im Rufe stehen, verständlich zu sein, wie Briand und den für weniger nachgiebig gehaltenen Staatsmännern wie Poincaré. Unter den nichtfranzösischen Delegierten soll die Ansicht vertreten sein, daß man augenblicklich von der Konferenz gar nicht mehr reden könne, und daß sie lieber schon heute als am Sonnabend enden sollte. Bis zur Londoner Konferenz am 21. Februar würden dann die alliierten Sachverständigen in Brüssel ihre Verhandlungen mit den deutschen Delegierten wieder aufgenommen haben. Wenn die augenblickliche Konferenz den Eindruck hervorrufen sollte, daß Briand nicht hart genug sei, um die Reparation, die Frankreich dringend brauche, zu sichern, so könnte die öffentliche Meinung

möglicherweise Poincaré

an die Spitze einer auf keinen Fall nachgiebigen Kammermehrheit stellen.

In einem Leitartikel fordert die „Times“ die in Paris versammelten Staatsmänner unter Hinweis auf ihren Patriotismus auf, die Konferenz, die bisher Deutschland nur ein Beispiel der Uneinigkeit geboten habe, nicht erfolglos auseinander geben zu lassen, da die Wirkung davon zu befürchten sein würde, die Entente nur noch zu einer Form zu machen. Die amtlichen Berichte über

die Unterredung zwischen Fehrenbach und Simons

seien der stärkste Beweis dafür, daß für jede Deutschland auferlegte Verpflichtung unbedingt Sanktionen notwendig seien. Deutschland erkenne die Lage, wie es General Hoffmann den Russen in Brest-Litowsk vorgemurrt habe; es spreche zu den Alliierten wie Trost und seine Freunde in Brest-Litowsk versucht hätten, zu Deutschland zu sprechen.

Keynes zur Pariser Konferenz.

„Der Betrug von Paris“.

Im „Verlag für Politik und Wirtschaft“ ist soeben eine neue Schrift des berühmten Engländer J. M. Keynes erschienen, die im Juni 1920 geschrieben und zuerst in „Everybody's Magazine“ veröffentlicht wurde. Gleichwohl liest sie sich wie ein Kommentar zu den eben jetzt schwebenden Verhandlungen von Paris. Keynes tritt mit aller Entschiedenheit für eine grundlegende Revision des Versailler Vertrages ein, von dem er sagt, indem er die Zerstörung des wirtschaftlichen Lebens Deutschlands anstrebe, bedrohe er das Wohl der Alliierten selbst. Durch die Aufstellung von Forderungen, deren Ausführung unmöglich sei, mache er sich lächerlich, praktisch habe er nichts in Ordnung gebracht. Der Betrug von Paris müsse als das erkannt werden, was er sei.

Die Friedensmacher von Versailles sind nicht imstande gewesen, eine Summe für die endgültige Schuld Deutschlands anzugeben. Eine Summe, die sich nach Schätzung zuverlässiger und ehrlicher Sachverständiger im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit gehalten hätte, würde allgemein enttäuscht haben. „Es war deshalb für die Politiker der sicherste Weg, überhaupt keine Summe zu nennen, und aus dieser Notwendigkeit entspringt der größte Teil der Verwicklungen des Wiedergutmachungsausschusses“.

Keynes kommt zu dem Schluss, „daß es keine vernünftige Wahrscheinlichkeit dafür gibt, daß Deutschland jährlich mehr als 500 Millionen Dollar (2 Milliarden Goldmark) bezahlen kann“. Mit unmöglichen Belastungen auf der einen Seite und unerfüllbaren Hoffnungen auf der anderen sei aber keinem geholfen. Der Friedensvertrag ist nach Keynes jetzt schon ein „toter Vertrag“ und kein wirklicher Friedensvertrag, „weil er in Wirklichkeit nichts regelt“.

Dem Verfasser dieser Voraussetzungen muß der bisherige Verlauf der Pariser Konferenz eine nicht geringe Genugtuung bereiten. Auch der neueste Vorschlag der Unterkommision ist eine glänzende Bestätigung der von dem englischen Volkswirtschaftler geübten Kritik an dem chauvinistischen Wirtschaftsbilletismus von Paris.

Moskaus Ueberhebung.

Ein Briefwechsel Henderson-Krassin.

Von der englischen „Labour Party“ erhalten wir die Abschrift eines Briefwechsels, der jüngst zwischen ihr und der russischen Sowjet-Regierung stattgefunden hat. Im Namen der englischen Arbeiterpartei und des englischen Gewerkschaftsbundes hatte Arthur Henderson am 19. November 1920 an Krassin die Anfrage gerichtet, ob es wahr sei, daß verschiedene Personen, die im Verdacht standen, gelegentlich der Studienreise der englischen Arbeiterdelegation nach Rußland dieser über die Verhältnisse in Sowjet-Rußland ungünstige Auskünfte gegeben zu haben, von den russischen Machthabern dafür verfolgt worden seien. Diese Anfrage bezog sich auf folgende Fälle:

1. Der Moskauer Buchdrucker-Verband ist aufgelöst worden und zwar in unmittelbarem Zusammenhang mit einer am 23. Mai in Moskau in Gegenwart von drei Mitgliedern der britischen Delegation stattgefundenen Versammlung.

2. Als Vergeltung für die auf dieser Buchdrucker-Versammlung zum Ausdruck gebrachten Anschauungen ist der Hauptvorstand des Buchdrucker-Verbandes aufgelöst, eine Anzahl seiner Mitglieder verhaftet und eingekerkert und ein neuer Vorstand den Buchdruckern durch die Regierung aufgezwungen worden und zwar ohne Zustimmung und Befragung der arbeitenden Buchdrucker selber.

3. Nach der Rückkehr der englischen Delegation ist Abramowitz, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, aus dem Moskauer Sowjet ausgeschlossen worden, entgegen dem Widerspruch seiner Anhänger und wegen einer Rede, die er in einer Versammlung des Moskauer Sowjet hielt, der unsere Delegation beiwohnte; zwei andere Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei sind verhaftet worden; ein anderes Mitglied des Zentralkomitees, Dan, ist aus Moskau nach Perm verbannt worden.

Henderson betont sodann in seinem Schreiben, daß die englische Delegation die Zusicherung erhalten hatte, daß sie jede Auskunfts-freiheit besitzen und daß keinerlei Verfolgung derjenigen stattfinden würde, die ihr Informationen von einem nichtkommunistischen Gesichtspunkte aus geben würden. Henderson bittet Krassin um Auskunft der Sowjet-Regierung über die angegebenen Fälle von Verfolgungen.

Etwa sechs Wochen später erhielt Henderson von Krassin eine außerordentlich umfangreiche Antwort, datiert vom 28. Dezember, die mit der brüderlichen Anrede: „Liebe Genossen“ beginnt und dem Inhalt nach ein solches Dokument der Frechheit bildet, daß man wohl nicht fehlgeht, wenn man annimmt, daß es von Sinowjew stammt und daß Krassin hierbei nur die Ueberritterrolle gespielt hat.

Wir lassen hier die wichtigsten Stellen dieser Antwort folgen:

1. Es ist unmöglich, uns darauf zu beschränken, bestimmte Antworten auf Ihre bestimmten Fragen zu geben. Die angegebenen Fälle bilden aber für uns eine gute Gelegenheit, eine der Hauptfragen zu klären, die die sozialistische Meinung im Ausland interessiert, nämlich die von der Sowjet-Regierung gegen Personen und Gruppen geführte Aktion, die sich selbst Sozialisten nennen.

2. Die grundlegende Tatsache ist, daß die Sowjet-Regierung, ohne dies jemals zu verheimlichen, mit sogenannten „verfassungswidrigen“ Methoden einen Kampf gegen Erscheinungen der Gegenrevolution geführt hat und weiter führt, gleichviel welche Gruppen oder Personen sich auf diesem Gebiete betätigen mögen.

3. Die Sowjet-Regierung, die diesen Kampf in absolut offener Weise und vor den Augen der ganzen Welt führt, hat bereits zahlreiche öffentliche Erklärungen erteilt, in denen sie die Gründe darlegt, weshalb sie einzelne Gruppen als gegenrevolutionär ansieht, ohne Rücksicht auf ihre sozialistischen Tendenzen, und weshalb sie sich daher in die peinliche Situation gestellt sieht, manchmal Strafmaßnahmen auch gegen ehemalige Freunde und Revolutionäre zu ergreifen.

4. Die Sowjet-Regierung trägt vor der russischen Arbeiterklasse und vor dem Proletariat der ganzen Welt die Verantwortung für die Fortdauer und für den Sieg der russischen sozialistischen Revolution. Diese Verantwortung legt ihr Pflichten auf, die zuweilen außerordentlich schwer und unliebsam sind, so z. B. die Notwendigkeit, die manchmal entsteht, Personen zu verhaften und einzukerkern, die sich selbst Sozialisten nennen, darunter frühere Gewerkschaftler, oder irreführende Arbeiter, die in die Reihe der Gegenrevolution geraten sind.

5. Die Ausführung dieser unangenehmen Pflichten verursacht Enttäuschung und Ablehnung unter gewissen sozialistischen Parteien des Auslandes, die in diesem Falle durch russische Staatsbürger beeinflusst werden, die im Ausland wohnen und behaupten, Sozialisten und Revolutionäre zu sein. Dieser Einfluß machte sich, wie wir annehmen, auch bei der Abfassung des Schreibens der englischen Arbeiterpartei bemerkbar. Aber weder im Ausland lebende russische Staatsbürger, noch die englische Arbeiterpartei tragen irgendeine Verantwortung für den Sieg der russischen Revolution. Die Sowjet-Regierung empfindet kein besonderes Interesse über die Meinung, die russische Staatsbürger, die in anderen Ländern leben, über sie

haben. Und was die Meinung der englischen Arbeiterpartei oder sonstiger Arbeiter- und Sozialistenparteien in anderen Ländern anbelangt, kann die Sowjet-Regierung nur solche Meinungen berücksichtigen, die in der Form von freundlichen Ratschlägen oder aufrichtiger Belehrung über bestimmte Fälle erfolgen. Sie lehnt es jedoch kategorisch und reflexlos ab, auf irgendwelche Vorwürfe oder Zensuren einzugehen, die ihr von diesen Kreisen aus erteilt werden, oder auf irgendwelche Versuche, einen Einfluß auf die interne Politik der Sowjets auszuüben, zu reagieren.

6. Die Sowjet-Regierung ist sehr darauf bedacht, die bestmöglichen Beziehungen zur englischen Arbeiterpartei und zu anderen proletarischen und sogar halbproletarischen (?) Organisationen und Parteien zu unterhalten. Die Sowjet-Regierung ist ihnen für die Unterstützung sehr dankbar, die sie der Sache der russischen Revolution verleihen. Gleichzeitig aber hält sie an dem Standpunkt fest, daß diese Unterstützung nicht den Gegenstand irgendeiner Transaktion oder eines Abkommens bildet und nicht durch besondere Maßnahmen bedingt wird, die aus dem einen oder dem anderen Grunde, die Zustimmung dieser Parteien und Organisationen nicht finden. Wäre dies nicht der Fall, dann würde die Sowjet-Regierung sich kaum für berechtigt halten, eine solche Unterstützung anzunehmen, da sie der Ansicht ist, nur die arbeitenden Massen Russlands und die revolutionäre Organisation des Weltproletariats seien befugt, Bedingungen den Sowjets zu stellen und Forderungen an sie zu richten.

Vor letzterem, und nur vor letzterem, ist die Sowjet-Regierung für ihre Schritte, Maßnahmen und Aktionen, von welcher Bedeutung sie auch sein mögen, verantwortlich.

7. Ihre Fragen beziehen sich jedoch auf Anschuldigungen, wonach wir im Laufe unseres Kampfes mit gewissen Erscheinungen der Gegenrevolution das von uns den Mitgliedern der britischen Delegation gegebene Wort gebrochen hätten.

Ueber diesen Punkt natürlich erkennen wir unser Recht an (1), uns nach unserer Meinung über diese Behauptungen zu äußern, damit wir Euch in die Lage versetzen, sie mit größerem Nachdruck zu widerlegen. (1) Wir sind überzeugt, daß Ihr selbst diesen Anschuldigungen keinen Glauben schenkt.

Und nun, nach diesen ebenso unverschämten, wie endlosen grundsätzlichen Darlegungen, erfolgt in zehn Zeilen die eigentliche „Erwiderung“. Die von Henderson angeführten Maßnahmen werden an sich bestätigt — nur wird einfach bestritten, daß die Verhaftungen usw. in irgendeinem Zusammenhang mit der Reise der britischen Arbeiterdelegation stehen. Irgendwie begründet werden sie aber nicht und das Schreiben gibt sich nicht einmal die Mühe, diese Ableugnungen mit einer einzigen Tatsache zu bekräftigen. Nur über die Deportation des Menschewitz Dan heißt es, daß dieser zum ärztlichen Dienst als mobilisierter Arzt nach Perm geschickt worden sei, während zahlreiche kommunistische Ärzte an die Front hätten gehen müssen. Schluss!

Die „Labour-Party“ hat die geistreichste Antwort auf dieses Dokument gegeben, indem sie den Briefwechsel einfach kommentarlos veröffentlicht hat. Jeder englische Arbeiter, der diese Antwort liest, wird sie als einen Schlag ins Gesicht empfinden und über den Charakter des Bolschewismus endgültig aufgeklärt sein. Auch wir wollen dieses Dokument für sich sprechen lassen in der Hoffnung, daß jeder deutsche Arbeiter, der noch etwas Selbstgefühl besitzt, einsehen wird, daß mit diesen Leuten überhaupt nicht zu diskutieren ist: sie schalten und walten, wie es ihnen beliebt, verfolgen in der grausamsten Weise die eigenen Klassengenossen, die ihnen nicht klavisch gehorchen, indem sie sie einfach für „Gegenrevolutionäre“ und vogelfrei erklären. Und wenn das internationale Proletariat sie um Auskunft darüber ersucht, antworten sie hochmütiger und unfehlbarer als je ein Papst oder ein Papst: Kümmerst Euch um Eure Sachen. Wir schulden Rechenschaft nur „unseren Rassen“. Wehe aber denen aus „ihren Rassen“, die es wagen würden, von ihnen Rechenschaft zu fordern: Gefängnis, Zwangsarbeit, Verbannung, Nahrungsmittelentziehung, Zwangsrehabilitation, Gemeindefallen, das sind die Antworten und Argumente der Sowjet-Regierung! Sie selbst

aber nützt sich seit Jahr und Tag in der unverschämtesten Weise in die innersten Angelegenheiten aller fremden Parteien ein. Diejenigen deutschen Arbeiter sind wirklich zu bedauern, die sich nach diesem tatarischen Despotismus sehnen und denen die Ehrenhaftigkeit in diese Internationale der Russen das höchste der Gefühle ist!

Herrn Geklers Gewährsmänner.

In seiner Reichstagsrede hat der Reichswehrminister Gekler zur Charakteristik des „Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufssozialisten“ auf einen Artikel verwiesen, der jüngst in der „München-Augsburger Abendzeitung“ erschien. Hierzu erfahren wir: Die in diesem Artikel aufgestellten Behauptungen eines angeblichen ehemaligen Mitarbeiters des Verbandes sind durchweg unwahr. Der Reichswirtschaftsverband hat der „München-Augsburger Abendzeitung“ bereits eine prägnante Berichtigung zugehen lassen, auf Grund deren das Münchener Blatt gezwungen sein wird, seine „Enthüllungen“ in allen Punkten zu widerrufen.

Interessant ist aber, daß hinter dem unwahren Verdächtigungen des Stinnes-Blattes niemand anders steht — als das Reichswehrministerium selber, das es als seine Aufgabe zu betrachten scheint, den Reichswirtschaftsverband in jeder Weise zu bekämpfen. Der Beweis hierfür kann lückenlos geführt werden:

Vor Tagen bereits kündigte der Leutnant Sturm, ein Mitarbeiter des Majors Höfer im Reichswehrministerium, der als einer der ersten dem Verband seine Beförderung zum Offizier aus dem Unteroffiziersstande zu verdanken hatte, einem Sekretär des R.d.B. unvorsichtigerweise an, daß in der nächsten Zeit in der Presse, auf Umwegen, ein besonders schwerer Schlag gegen die Organisation erfolgen werde, und daß man sich im Reichswehrministerium schon darüber freue, daß der Verband diesen Hauptstoß nur sehr schwer überwinden werde.

Ein Komplize des Herrn Sturm ist ein Zeugfeldweibel Schmidt, der lediglich deshalb, weil er von den gewählten Vertrauensleuten der Truppe disqualifiziert wurde, vom Ministerium besonders qualifiziert worden ist. Nachdem Schmidt, ein notorischer Trinker, von den gewählten Unteroffiziersvertretern im Ministerium dem Major Höfer als seiner Vertrauensstellung unwürdig bezeichnet worden war, da er in zwei eklatanten Fällen die Interessen seiner Wähler preisgegeben hatte, wurde er allein für würdig befunden, in eine etatmäßige Stellung des Ministeriums einzurücken, während alle übrigen Vertrauensleute zur Truppe zurückgeschickt wurden. Der dritte im Bunde ist ein ehemaliger Angehöriger der Organisation, der so schwer trübselig ist, daß er vom Verband beurlaubt werden mußte. Er hat inzwischen der Verbandsleitung einen Expressbrief geschrieben, der der Staatsanwaltschaft übergeben worden ist. Es ist bekannt, daß dieser Mann, dessen Befreiung aus der Unterwerfungshaft in den Rapp-Lagen der Verband durchgesetzt hat, eine längere Unterredung mit Major Höfer hatte, der ihn für einen „prächtigen Menschen“ erklärte.

Besonders sei noch hervorgehoben, daß über die Qualitäten des Herrn Schmidt der Reichswehrminister durch den Verband mündlich und schriftlich eingehend informiert worden ist, ohne daß das Weiterverbleiben des Schmidt im Ministerium abgelehnt wurde.

Die Parlamentarier werden daher gut daran tun, in die ihnen von ministerieller und dem Ministerium nahestehenden Seite zugehenden Informationen über den Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssozialisten und andere Organisationen der Truppe stärkstes Mißtrauen zu setzen.

Dies ist auch aus folgendem Grunde angebracht: Herr Gekler hat Führern des Reichswirtschaftsverbandes gegenüber vor einiger Zeit offen erklärt, daß er, der Reichswehrminister, als er im April 1920 den Erlaß herausgab, der ein Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsverband an-

ordnete, innerlich nicht auf dem Boden des Erlasses gestanden habe! Heute erklärt Herr Gekler vor dem Reichstag, er habe loyal versucht, mit dem Verband zusammenzuarbeiten. Noch drastischer aber drückten sich Offiziere des Reichswehrministeriums gegenüber Vertretern des Reichswirtschaftsverbandes aus, als diese sich auf den Erlaß beriefen. Die Herren sagten: „Diesen Erlaß hat der Reichswehrminister ohne unsere Genehmigung herausgegeben, er geht uns also nichts an.“ Der Reichswehrminister abhängig von der Genehmigung seiner Untergebenen! Man sieht, in wie „loyaler“ Weise der April-Erlaß ausgeführt wird!

Der „Kreistag“ finanzierte Arbeiterrat.

Zu dem Thema „Arbeiterrat“ und „Kreistag“ erhalten wir noch folgende Zuschrift, die wir des Interesses halber vollständig wiedergeben:

„Der Arbeiterrat“ hat mit Abschluß des vorigen Jahres sein selbständiges Erscheinen eingestellt. Er ist mit der kommunistischen Redaktionskorrespondenz zu einem gemeinsamen Organ „Der kommunistische Gewerkschafter“ vereinigt worden.

Die Wochenchrift „Der Arbeiterrat“ wurde Anfang Februar 1919 von A. Krest und M. Tomaszewski gegründet. Die Gründer erklärten damals, sobald sich „Der Arbeiterrat“ ohne Zuschüsse trage, wollten sie denselben den Berliner Arbeiterkreisen übergeben.

Als circa 3 Monate später Vertreter der Berliner Arbeiterkreise auf eine Kontrolle der Geschäftsführung des „Arbeiterrats“ und dessen Ueberleitung an die Berliner Arbeiterkreise drängten, erklärte Krest: das Unternehmen entwidde sich gut, könne aber noch nicht überführt werden. Es entstanden Differenzen, da Krest die Einschaltung in die Bücher verweigerte. Kurze Zeit später erklärten wir durch einen Hauptgläubiger des „Arbeiterrats“, Herrn B., daß Krest eine unverantwortliche Geschäftsführung treibe. Wir haben sofort mit allen Mitteln versucht, Klarheit zu schaffen, was aber sehr schwierig war, da Krest sich auf seine formellen Besitzrechte berief. Erst als Krest seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte, erhielten wir volle Aufklärung und erfuhren, daß eine Schuldenlast von 120 000 M. vorhanden war und, daß sich unter den Gläubigern auch Herr Wille befand, der 30 000 M. von der Arbeitsgemeinschaft „Neues Reich“

für den „Arbeiterrat“ erhalten hatte. Wir wollten damals, nachdem uns diese Tatsache bekannt wurde, den „Arbeiterrat“ fallen lassen; die Leser des „Arbeiterrats“ würden das allerdings nicht verstanden haben. Die Gläubiger erklärten sich durch Vermittlung des Herrn B. als Hauptgläubiger bereit, den „Arbeiterrat“ durch Zahlung von 20 Proz. der Gesamtschuldsumme an die Berliner Verlagsdruckerei abzurufen. Nach Ueberwindung erheblicher Schwierigkeiten wurde dieser Vertrag am 15. Januar 1920 abgeschlossen. Damit war A. Krest und seine sonstigen geschäftlichen Verbindungen erledigt und das Unternehmen auf eine Grundlage gestellt, wie sie bei Parteiorganen üblich ist.

Dies ist der Verlauf der geschäftlichen Entwicklung des „Arbeiterrats“, wie er jederzeit an Hand der vorhandenen Belege nachgewiesen werden kann. Krest hat das Vertrauen der Berliner Arbeiterkreise und auch das der Redaktion und Schriftleitung in größtmöglicher Weise mißbraucht. Er ist durch Wille bzw. durch die Arbeitsgemeinschaft „Neues Reich“ mit dem Heimalienblatt in Verbindung gekommen, ohne daß uns oder der Redaktion und der Schriftleitung etwas bekannt war. Was Krest bei den Verhandlungen mit den Vertretern des Heimalienblattes als Gegenleistung versprochen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir wissen aber, daß irgendwelcher Einfluß auf die Redaktion und Schriftleitung weder von Krest noch von anderen Personen ausgeht worden ist.

Die Geschäftsführung des „Arbeiterrats“

gez. Paul Cseri.

Die Tatsache der Unterstützung des „Arbeiterrats“ durch Regierungsgelder wird durch diese Zuschrift nur unterstrichen. Wenn hier auch Krest zum alleinigen Schuldlosen gestempelt wird, trifft die Widerantwortung doch die, die ihn wirtschaftlich stützen.

Kommunistenaussweisung aus dem besetzten Gebiet. Die Rheinlandkommission hat die beiden Deutschen Heischel und Siebert wegen kommunistischer Treiben unter den Besatzungstruppen aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

Die Ausstellung der Kinder.

Fröhliche, grelle Dinnheit — lustiger Riedelstern — ein Zipfel Märchenreich — vor uns — hinter uns, um uns ein Meer von Spielzeug, eine Welt voller Herrlichkeiten und spöthiger Nützlichkeit — das ist der erste Anblick der merkwürdigen Ausstellung, die jetzt in Mann bei der ersten Ausstellung der Kinder der Provinz, eine Ausstellung aus der Kindheitswelt, der Kindheit (Denn kein Gegenstand soll größer sein als eine Männerfaust). Die Kleinen vom 4. bis zum 18. Lebensjahre haben eifrig, stolz und wichtig ihr Bestes gegeben in Bastarbeiten, Zeichnungen, Phantasiefiguren, Puppen, Knetarbeiten im Spielzeug und buntem Zeltverkleidung. Der Geist des Kindes offenbart sich hier in Formen, in Einfällen, oft so eigen und seltsamer Art, daß es dem Erwachsenen wunderbar und neu erscheint.

Als Seele des herrlichen Gedankens gilt der Direktor der Mannheimer Kunstschule Dr. Wicher. Seine Aufforderung an die deutschen Kinder hat ein freudiges Echo gefunden. Aus allen Gegenden des Reiches sind die Kinderarbeiten und Kunstwerke eingegangen. Die Kleinen haben dies oder jenes „geknüpelt“, heißt es über besonders ausgefallene Arbeiten. Ein Zehnjähriger hat eine schmale Stadt mit Rathaus, Schule und Kirche gezeichnet aus papierbelegten leeren Hühnerkäsefellen. Ebenfalls aus leeren Hühnerkäsefellen hat ein anderer Schamane einen vollgeproppten Schmetterling gezeichnet. Ein vierjähriges Kind hat eine Zeichnung gefertigt, mit wenigen Strichen Kinder, Frauen, Männer auf Papier gezeichnet, so daß man ein Labyrinth in ihm vermuten möchte. Ein Zehnjähriger gibt in kurzen prägnanten Umrissen eine bessere Welt dar, als wir sie kennen. Als Scherenschnitt wird ein Mannheimer Bus mit einem Schattenbildchen vom Hochengraben fächerförmig gelocht. Märchen in Bildern, bunt, schön, fröhlich, stellt eine kleine Märchenwelt aus. Mannheimer Kinder haben den Zauber der sieben Zwerge und Schneewittchen in gerader klassischer Schlichtheit festgehalten. Steden aufgeweckte Papiere und Radenbündel, oben abgeknippt, mit roten Rädchen und flatternden Mänteln sind die Zwerge. Schneewittchen ist ein Stoffbündel in weichen Kleiderchen, beperkt, bemalt, mit einem aus Wolle geflochtenen Köpfchen. Andere Kinder haben beinahe aus dem leeren Nichts einen ganzen prägnanten Bärenhof hervorgebracht. Ungeachtet sind die Marionetten und Puppen von Kinderhand, die meisten aus dünnen Rohstoffen gezeichnet, aus Strohpuppen, Holzfiguren, Wollfäden, Filzresten mit Zuhilfenahme von Wollschämmern, Schuhen, Haarnadeln, Perlen und Buntfäden.

Mit der Ausstellung aus der Kindheitswelt vereinigt ist eine historische und neuzeitliche Spielzeugausstellung. Spielzeug aus allen Ländern; Spielzeug aus unseren Spielzeugorten Nürnberg, Sonneberg, Sanktberg, aus dem Erzgebirge machen das fröhliche Bild noch fröhlicher. Nach Tausenden zählen die Bilder und Märchenbücher aus aller Welt.

A. Kaulig-Nieder.

gefährlicher Nähe moderner Kulturen die riesigen Denkmäler altgermanischer Vorfahren: Hünengräber, wie sie im Volksmund heißen. Bis sechs- bis achttausend Jahre haben vergangen, seitdem die Steingebirgsmenschen jene gewaltigen Herden zusammenführten, um mit ihnen Grabstätten zu errichten, die sie für ewige Zeiten sicher wählten vor Schandung und Zerstörung. Über unsere pietätlose Zeit macht nicht halt vor diesen altgermanischen Grabstätten. Jedes Jahr werden die Grabstätten zerstört, ihre Steinbrocken verwendet und das Gelände eingeebnet.

Welch mühe Bergeungen im eigenen Lande angestellt werden, das zeigt die Statistik, die Dr. R. A. Jacob vom Provinzialmuseum zu Hannover im „Nachrichtenblatt für Niedersachsen“ veröffentlicht. Im Kreis Hildesheim waren 1848 219 meist prachtvoll erhaltene Gräber vorhanden. Kurz vor dem Kriege waren es nur noch 14, zum Teil auch schon in trübseligem Zustand. Der geringe Rest entging nur dadurch der Zerstörung, daß er seinerzeit zum größten Teil vom hannoverschen Ministerium angekauft war. Es wäre höchste Zeit, daß die Regierungen eingriffen und die wenigen noch vorhandenen Zeugen aus grauer Vorzeit als Nationaleigentum sicher stellten. Dr. Jacob fordert ein lückenloses Denkmalschutzgesetz, das vor Eingriffen in Privatbesitz durch Enteignung nicht zurückweichen darf, ferner die Inventarisierung aller Denkmäler und eine ständige Kontrolle.

Dumas des Meisters Romanfabrik. Im Jahre 1847 war Dumas der Ältere von den Verlegern der beiden Pariser Blätter „Presse“ und „Constitutionnel“ wegen Nichterfüllung eines Vertrages verklagt worden, der ihn verpflichtete, den beiden Zeitungen jährlich neun Heftromane zu liefern, und zwar unter Verzicht auf jede weitere Mitarbeit an anderen Blättern. Dumas, der seine Verteidigung selbst führte, glaubte die gute Gelegenheit nicht vorbegehen lassen zu dürfen, ohne den Richtern seine aus Fabelhaftem grenzende Fruchtbarkeit zu Gemüte zu führen. Er leugnete nicht, seine Romane innerhalb der Vertragszeit anderwärts veröffentlicht zu haben, verwies aber zur Entschuldigung darauf, daß es sich dabei um früher eingegangene Verpflichtungen gehandelt habe. „Ich hatte noch“, erklärte er den Richtern, „30 Bände zu schreiben, das heißt eine Gesamtarbeit von 228 000 Zeilen zu leisten.“ Ich tat, was kein Mensch jemals getan hat, und was keiner jemals wieder tun wird. Ich veröffentlichte gleichzeitig fünf Romane in fünf verschiedenen Zeitungen. Drei Herde, drei Botsen und die Eisenbahn genügt kaum, um die Manuskripte nach der Druckerei und die Korrekturen nach meinem Hause zu schaffen.“

Dumas' Hoffnung, mit dieser Schilderung seiner Fingerschnelligkeit auf die Richter und das Publikum Eindruck zu machen, erfüllte sich indes eine Enttäuschung. Der Rechtsvertreter der Gegenpartei, Rongis, ließ sich durch die Bewunderung nicht abhalten, seine Art der Auffassung und Ausübung der literarischen Kunst scharf zu tadeln. „Man könnte sich“, erklärte er, „in den Saal des Handelsgerichts versetzt glauben. Der Verteidiger hat ja selbst seine Arbeiten als Handelsware bezeichnet. Das war ein unglücklicher Ausdruck, und ich will nicht verstehen, zur Ehre der Literatur gegen eine solche Sprache Verwendung einzusetzen.“ Dumas wurde trotz seiner Selbstbeweihräucherung verurteilt; aber schlimmer als die Strafe traf ihn die moralische Verurteilung, die ihm der Prozeß eintrug. Die Dumas von heute haben zwar weder ihres Vorbildes

Phantasie noch Fähigkeiten, aber sie tun das Ihre, um ihn an Fruchtbarkeit zu erreichen — wenigstens in der Fabrikation von Kino-Plakaten. Die ganze Weltliteratur wird zu diesem Zweck ausgeplündert.

Oberschlesien, ein Land deutscher Kultur (Heimatort Ober-schlesien, Glesien) nennt sich ein überaus reichhaltiges Werk, in dem die geschichtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse — Kunst und Geistesleben — in dem umstrittenen Gebiete dargestellt werden. Eine große Menge Illustrationen läßt erkennen, daß Oberschlesien nach der Seite der Kunst und Natur vielmehr bietet, als gewöhnlich angenommen wird. Den Schluß des Bandes bilden 1 1/2 Bogen im Tiefdruckverfahren hergestellte Bilder von älteren und modernen ober-schlesischen Künstlern. Wer sich ein Bild davon machen will, was deutsche Arbeit in Oberschlesien geleistet hat und was andererseits Oberschlesien für die deutsche Gesamtkultur beigetragen hat, dem sei dies Buch empfohlen. Von Hermann Stehr bis Alfred Kerr spannt sich der Rahmen der Mitarbeiter.

Der kaiserliche Sittenzensor hat im Verlag Georg Müller eine ganze Anzahl bekannter erotischer und anderer Werke der Weltliteratur verboten; einzelne dieser Werke des Stoffes waren sogar von deutschen Gerichten vor dem Kriege freigegeben worden. Aber jetzt regiert halt wieder der „häufige griffadollische Glauben“ des Kgl. Abg. Josef Hilfer in Ringharing. Soft selbst!

In der Volkshochschule Groß-Berlin beginnt am Dienstag, den 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr, ein Kursus vom Gen. Dr. Striemer über: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Lokal: Arbeitsstätte des Siedens, Friedrichs-Realgymnasium, Mittenwalder Str. 34/37.

Zehnjährige gegen die Schandliteratur. In der Nachricht, daß der Verband der Deutschen Volkshochschulvereinigungen und andere Organisationen vom 1.-4. Februar in Berlin einen Lehrgang zur Bekämpfung der Schandliteratur veranstalten, stellt der S.V.D. Zentralbildungsausschuß fest, daß er dem Verband der Deutschen Volkshochschulvereinigungen zwar angeschlossen ist, sich aber an dem Lehrgang nicht beteiligt, weil den dem Verband angeschlossenen Organisationen nicht Gelegenheit gegeben wurde, an der Entscheidung und Gestaltung des Lehrganges mitzuwirken und ihre Wünsche geltend zu machen.

Professor Einstein ist wieder zu Vorlesungen in Paris eingeladen, noch denkt er daran, in Frankreich vorzutreten.

Die Kreis Session wird im März eine Ausstellung von Bomben, Mordungen und Kleinfeldern ihrer Mitglieder in der Galerie Moeller, Potsdamer Str. 124a, veranstalten.

Die holländische Tänzerin Angelas Eddem führt am 8. und 9. Februar (abends 8 Uhr) im Saal des Künstlerhauses holländische Tänze vor.

Die Potsdamer Volkshochschule präsentiert in einem gehobenen offenen Briefe an den Vorstand des Potsdamer Schauspielhauses gegen die Aufführung von Dostojewski's „Idioten“ und „Karamasow“. Es wird scharf gerügt, daß man eine erste Kraft als Redaktionsleiterin austreten läßt. Auch sonst wird die Leitung des Theaters stark angegriffen.

Ausstellung für Brennstoff- und Wärmewirtschaft. Die Brennstoffwirtschaftliche Gesellschaft hat für den Spätherbst eine Ausstellung für Brennstoff- und Wärmewirtschaft vor. Insbesondere wird man über die Brennstoffe über Deutschland und Zentralheizung, Abgasmotoren, Feuerungen und Abgasverwertung in gemeinsamer Weise aufklären wollen. Als Ausstellungsort wurde der ehemalige Kaiserliche Park in der Nähe des

Morgen Sonntag von
den bekannten Lokalen aus

Groß-Berlin

Bei den Erfindern.

Eine Ausstellung von Erfindungen ist zurzeit in den Festjalen Berlin SW. 61, Bellealliancestr. 106, zu sehen. Mäßigste Ab-
qualen, geduldigste Arbeit, stets wachgehalten durch das große
Erfindungs- und Hoffnungs- und hier in manchem, oft derb und ungeheuer
anmutendem Modell zur Schau gestellt.

Mit Erfolg haben sich die Erfinder bemüht, den Einbrechern und
Dieben das Leben sauer zu machen und ihnen die Arbeit ganz ge-
hörig zu erschweren. Wirklich groß ist nämlich die Anzahl der Er-
findungen auf dem Gebiete der Sicherheitsvorrichtung. Da
gibt es doch u. a. Sicherheitsklösser, Türschloßsicherungen, Kom-
binationsschlösser, Türversperren, einen verschließbaren Kleider-
kasten und anderes mehr. Selbst eine Salosse kann gesichert werden,
und zwar auf die einfachste Weise, denn man braucht nur daran
tippen und hat seinen Zweck erreicht. Der ehrlichen Arbeit aber hat
man versucht Erleichterung und dem Arbeitenden erhöhte Sicherheit
zu verschaffen. Das gelingt z. B. durch den Vergaser für
schwerste Brennstoffe, der bedeutsam ist, da durch ihn eine absolut
sichere Zündung gewährleistet wird. Ferner ein Absteckstahl,
dessen Gebrauch große Materialersparnis mit sich bringt. Das
Patent war schon vor dem Kriege erteilt, doch traten ihm nachher
die Kriegsverhältnisse hindernd in den Weg. Außerdem sieht man
eine Gerabediege für Nägel, eine Schere zum „Recht-
winklig-Schneiden“, einen Holzstiftführer mit Vorbohrer, der den
Selbstbehörler die beste Hilfe leisten kann, und einen beachtens-
werten Vorkloßkasten, der den Namen „Sempiternus“ trägt.

Selbst auch für Wohnung, Heizung und Beleuchtung wurden
Erfindungen gemacht, so u. a. eine neue sparsame Baumeise,
Flechtwerkswände und Dede, ein beweglicher Kof für
Nachlöfen ein Leuchtstoffverbesserer für Gaslicht (nach dem sich
wohl jeder sehnt, der etwas mit oder bei Leuchtgas zu tun hat) und
ein Gasdichtungsverschlöß. Als gut verwendbar rühmt man auch die
Boga-Scheibe, sowie die Lof-Soden-Wendemaschine, die in der Zeit,
wo ein Mann 1000 Soden wendet, bereits 40 000 Soden gewendet
hat. Wofersprechend ist überdies die Stubbenrodemaschine, die be-
reits bei Grünau praktisch erprobt wird. Für unsere Hausfrauen
gibt es auch allerhand Sehenswertes, so einen Einkon-
servierungsapparat, für den man, wenn wir jemals wieder in
einen reichen Besitz von Eiern kommen sollten, eine große Zukunft
ahnt. Zurzeit kann er für Krankenhäuser in Betracht kommen. Die
Kartoffel- und Obstschälmaschine schält unermüdlich
Kartoffeln und Äpfel, auch, wenn sie faul sind. Ein einfaches Schäl-
männchen, das als Büchsenöffner und Obstentkerner zugleich gebraucht
werden kann, ist recht praktisch, was man gleichfalls von der Patent-
Fleischmühle sagen darf, durch die Fingerquetschungen ein- für alle-
mal verhütet werden sollen. Imponierend ist zudem das Platt-
eisen mit Heißwasserbeheizung, das man, falls man
abends noch geplättet hat, sogleich als Bettwärmer benutzt.

Erfindungen — 126 gelangten bei der Ausstellungseileitung zur
Anmeldung — sind wirklich auf jedem Gebiet vorhanden. Da ist
eine ganz neue Punktiermaschine, die dem Bildhauer gar manche
Arbeitserleichterung verspricht, ein Zitherspieler, ein Datum-
uhrwerk, das bei jeder Uhr angebracht werden kann, sowie eine
Schreibfeder, welche durch sinngemäße Konstruktion, die Schreib-
mustern entlastet.

Ein jeder wird Beachtenswertes finden, ein jeder kann schauen
und, wenn ihm das Freude machen sollte, staunen, jedoch bitte nicht
berühren, denn bereits einige Stunden nach Eröffnung der Aus-
stellung hatte das verehrte Publikum allerlei beschädigt.

„Kaisergeburtstagsfeier.“

Wir wissen nicht, ob es den Schulen verboten worden
ist, am 27. Januar die Schulkinder auf den Geburtstag des früheren

Kaisers Wilhelm II. hinzumeilen. Wir möchten aber angesichts der
immer wieder von Lehrern und Lehrerinnen bekundeten mon-
archistischen Reigungen erwarten, daß ein ausdrückliches Verbot
dieser Art für nötig gehalten worden und ergangen wäre. In der
Berliner 147. Gemeindeschule für Mädchen (Berg-
mannstraße) hat eine Lehrerin Dehme sich Erfolge zu schaffen ver-

Freiwillige Beiträge zum Landtagswahl- kampf der S. P. D. in Groß-Berlin

sende man an Alex Pagels, Berlin NW. 40,
In den Zellen 23, part. (Postfachkonto Berlin Nr. 48 743.)

standen, indem sie am 27. Januar in Klasse VI ihre Schülerinnen
aus dem Vesebuch eine Kaiserhuldigung abschreiben
ließ. Das byzantinische Machwerk lautet:

Gott verleihe Heil und Segen
Unserm Kaiser allezeit,
Daß er wahre, daß er mehr
Deutschlands Glück und Herrlichkeit.
Lieben wollen wir den Kaiser,
Allezeit getreu ihm sein
Und von Herzen für ihn beten,
Gott woll' Gnade ihm verleihen.

So wird's gemacht! Man sagt kein Wort, sondern man läßt
abschreiben, was das immer noch benutzte alte Vesebuch
bietet — und das bietet von solchem Zeug nicht wenig. Frä. Dehme
hat noch ein übriges getan und hat in den Tagen um den 27. Ja-
nuar die Schülerinnen ein paar von den in der Jugendzeit Wil-
helms II. behandelnden byzantinischen Anekdoten lesen lassen, die
sich in demselben Vesebuch (von Engelen und Fehner) finden. Wir
fordern, daß diese Lehrerin auf das Ungehörige und unter allen
Umständen Unzulässige ihres Verhaltens sehr nachdrücklich hin-
gewiesen und im Wiederholungsfall schonungslos aus ihrem Amt
entfernt wird. Das Vorkommnis zeigt im übrigen, wie notwendig
es ist, die alten Schulbücher endlich durch andere zu
ersetzen. Es ist geradezu ein Skandal, wenn in unserer „Re-
publik“ die Kinder lesen sollen, daß der „Kaiser“ — der das deutsche
Volk in Unglück und Elend gestürzt und dann sich nach Holland in
Sicherheit gebracht hat — Deutschlands „Glück und Herrlichkeit“
wahren und mehren möge.

Kurse zur Ausbildung von Wanderführern und Spiel- leitern.

Das städtische Jugendpflegeamt veranstaltet in der Zeit von
Ende Februar bis Mitte April je einen Kursus zur Ausbildung von
Wanderführern und -führerinnen und Spielleitern und -leiterinnen.
(Schriftliche Meldungen bis zum 15. Februar 1921 an das
städtische Jugendpflegeamt, Abteilung V, Neue Friedrichstr. 80,
Zimmer 48.) Da die Kurse sowie auch die Ausbildung der Tätigkeit
als Wanderführer und Spielleiter große Anstrengung erfordern, ist
erwünscht, daß sich nur körperlich leistungsfähige, tüchtige Personen
melden, und zwar für den Spielfursus möglichst solche, die im
Spielbetriebe von Schulen und Vereinen bereits erfahren sind.
Als untere Altersgrenze sind für die Teilnehmer am Spielfursus
18 Jahre festgelegt. Der Wanderkursus umfaßt ungefähr 30 Vor-
träge, Wanderungen und praktische Übungen, die auf die Abende
und Sonntage der oben angegebenen Periode verteilt werden, und
soll eine eingehende und umfassende Kenntnis nicht nur der Führer-
pflichten, sondern auch des gesamten Wanderwesens vermitteln. Der
Bezugang im Spiel erstreckt sich auf neun dreistündige Übungen,
die werktätlich nachmittags von 3—6 Uhr vom 21. März bis
2. April stattfinden. Für den Wanderkursus ist an einem Sonntag
im April ein eintägiger und für die Spieler ein auf drei Abende
verteilter Sommerkursus in Aussicht genommen. Eine Zusammen-
stellung der Vortragsstufen für Wanderführer ist nach dem 1. Fe-
bruar durch das städtische Jugendpflegeamt, Abteilung V, zu be-
ziehen.

tänzelt umher — ist wieder jung geworden, der alte Knabe,
hinkt auch nicht mehr. Seine eigenen Jungen füllen und roden
bald.“ Du glaubst es nicht, Mutter. Du glaubst nicht, daß ich
das Haus im Handumdrehen hoch habe wie der erste Krämer
in der Stadt!

„Ich glaube es ja.“
„Du glaubst nicht, daß ich eine neue Frau trüge?“
„Gewiß, die kriegst du.“
„Schaff sie mir bald, ich habe es eilig. Sonst kommt am
Ende die erste Kur.“ „Ja, jetzt spustest du dich. Nimm den
Probst als Freier. Der ist ein guter Mann, der hilft.“
„He, Mutter! Was machst du denn da auf dem Flur?“
„Was denn?“ brummt die Alte.
„Wenn vielleicht Männer aus Karelien hier vorbeikommen,
dann bestell Grüße, wenn sie ihr dort begegnen
sollten.“

„Ich schicke ihr keine Grüße.“
„Sag, du — sag, es ist Juhä nur recht gewesen, daß sie
ging. Er denkt nicht mehr daran. Ist auch nicht gestorben,
wird nur jünger und lebt auf neben seiner neuen jungen
Frau. Gleich hat er sich an die große Schwende gemacht, die
er schon früher angefangen hatte, und arbeitet an dem neuen
Haus, von dem er immer gesprochen hat. Die alten rauchigen
Löcher hat er niedergelassen und ein neues Haus gebaut wie
der erste Krämer in der Stadt — na, komm doch, Mutter,
damit wir es besprechen, — sag, es ist eine neue Wirtin da,
aber die erste darf auch auf Besuch kommen, wenn ihr Weg
hier vorbei geht. Juhä trägt nichts nach.“

„Es ist nicht richtig mit ihm — oder doch?“ sagte Kaisa
zu der alten Wirtin.

„Sei still — was geht es dich an?“

In der Nacht aber schlich Juhä's Mutter an die Tür des
Speichers und hörte ihn flagen: „Ach, was du getan hast,
Marja! Weshalb hast du das getan?“ Das konnte sie in der
Nacht hören und in mancher anderen, es verging keine Nacht,
wo er nicht jammerte, obwohl er am Tage lachte und lachte.

VIII.

Marja sitzt allein auf der Schwelle des kleinen Häuschens,
mit dem einsamen See vor sich. Sie späht über das Wasser
hin, ob er nicht endlich kommt. Es ist noch nichts zu sehen, aber
morgen wird er vielleicht kommen. Wenn er aber morgen
und auch übermorgen noch nicht zurückkehrt, dann kann ich ja
auch allein hier leben.

Die Einschreibgebühr für den Wanderkursus beträgt 5 M., die
für den Spielfursus 20 M. Besonders interessierten Teilnehmern
am Spielfursus wird jedoch gestattet, an einer gewissen Zahl von
Wandervorträgen, die noch näher bezeichnet werden sollen, teilzu-
nehmen.

Die Teilnahme an dem Spielfursus ist Bedingung für spätere
Beschäftigung auf den städtischen Spielplätzen; dagegen übernimmt
die Stadt keine Verpflichtung, die zu den beiden Lehrgängen zu-
gelassenen Personen später auch als Wanderführer und Spielleiter
zu beschäftigen.

Die Folgen der Schuldfilme.

Ein jugendlicher Mörder, der eine 68jährige Frau buchstäblich
hingelegt hatte, stand gestern in der Person des 17jährigen
Arbeitsburschen Wilhelm Wieding vor dem Jugendgerichtshof
des Landgerichts I. — Der Angeklagte ist der Sohn eines Herings-
händlers. Er hatte schon frühzeitig die schiefe Ebene des Ver-
brechens betreten, er stahl Postpakete und kam in die Erziehungs-
anstalt Struveshof, aus der er nach 3 Jahren ausbrach und zu
seinen Eltern zurückkehrte. Nach kurzer Zeit entließ er auch den
Eltern und trieb sich in Berlin arbeitslos umher, nächtigte in den
Wortefälen und trieb sich in der Schönhauser- und Münzstraße mit
allerlei schleichem Gesindel herum. Er war u. a. Stammgast in
jenen Kinos der Münzstraße, die schon des Morgens um zehn Uhr
geöffnet und von zumeist jugendlichen Ströchen besucht werden.
Hier sah Wieding einen Film „Die Hand des Würgers“ und
„Die Eisenbahnrauber“, in denen dargestellt wird, wie
eine Frau mittels eines in ein Taschentuch gewickelten Steins be-
täubt und dann mit den Händen erstickt wird. Hier lernte er auch
einen 21jährigen angeblichen Emil Böhm kennen. Beide ver-
abredeten, um sich Geld zu verschaffen, irgendeinen Menschen umzu-
bringen und zu berauben. Der erste Plan, eine Frau in der Zehnd-
nieder Straße zu ermorden, schlug fehl, da die Frau zufällig nicht
zu Hause war. Wieding erinnerte sich nun an die 68jährige Frau
Billert in der Stargarder Straße, die mit seiner Mutter be-
kannt war. An der alten Frau verübten die beiden dann den feiner-
zeit berichteten Mord. Das Gericht verurteilte den gestern ange-
klagten Wieding wegen Mordes zu 12 Jahren Gefängnis.

Ein Propaganda-Film für Oberschlesien.

Die Flag-Filmgesellschaft kurbelt zurzeit einen großen
Propaganda-Film für Oberschlesien, „Brennendes Land“, von Mari
Aders, für den sich als Hauptdarsteller Frau Luba Salmonova und
die Herren Albert Steinrück und Ernst Deulich zur Verfügung ge-
stellt haben. Die weiteren tragenden Rollen sind besetzt mit
Fräulein Mari Aders und den Herren Kurt Weiermann, John
Gottowt, Hugo Döblin usw. Die Regie liegt in den Händen des
Regisseurs vom Deutschen Theater Heinz Gerold, dem als künst-
lerischer Beirat der Kunstmaler und Architekt Georges Rogier zur
Seite steht. Die Dekorationen und Inneneinbauten führt Hans
Reinhardt aus, die Bildaufnahmen besorgt Willy Rothe. Die technische
Leitung untersteht Paul Dörflg. Die Innenaufnahmen sind im
Cineph-Studio fertiggestellt worden.

Selbstgefälligkeit eines Totschlägerpaares.

Die Urheber der Bluttat in der Friedrichselder Straße sitzen
bereits hinter Schloß und Riegel. Der Arbeiter Friedrich Schäfer
und seine Geliebte Frau Luise Simon, die am Donnerstag nach
dem Totschlag an dem Arbeiter Schädel tödlich getroffen waren,
haben sich in der Nacht zum Freitag der Polizei selbst gestellt.

Wieder in der Heimat.

Der vor einigen Tagen gemeldete Transport deutscher
Gefangener aus Disibirden, der mit der „Kaifu Maru“ am
23. d. M. in Grundbittelfog einlief, ist gestern abend 7 Uhr in
zwei Zügen mit 890 Mann auf dem Lehrter Bahnhof eingetroffen.
Da sich unter den Heimkehrern 965 Berliner befanden, warteten
zahlreiche Angehörige auf dem Bahnsteig. Die Kriegsgefangenen-
heimkehrer hatte alles aufgebietet, um den Empfang möglichst herzlich
zu gestalten. Eine Militärlafette unter Obermusikmeister Becker
begleitete die Ankommlinge mit klingendem Spiel, die zur Ver-
pfllegung in den Wartesaal 2. Klasse geführt wurden. Dort wurden
die Heimkehrer von der Kaifu bewirtet; außerdem erhielten sie

Sie hatten im Walde Fanggeräte aufgestellt gehabt und
sie zusammen nachgesehen, hatten geangelt, hatten das Lachs-
wehr unten an der Stromschnelle untersucht, Reize ausgewor-
fen und gehoben, die Beute ausgenommen, getrocknet und ein-
gepackt. Sie hatten zusammen Tiere gefangen, zusammen ge-
arbeitet, und Marja hatte nie gedacht, daß es so etwas geben
konnte, was es in diesen Tagen gegeben hatte. Wenn sie für
immer hier bliebe und er sie niemals in sein großes Heim zu
seiner Sippe nähme. Wenn er die Badestube dort etwas für
den Winter ausbesserte, mir dort einen kleinen Kinderstall zim-
merte und eine Kuh von zu Hause herbrachte. Für eine Kuh
hole ich das Heu bald aus den Wäldern und von den Hfern
zusammen. Schmeiffka rodete etwas Land. . . Aber nein!
Biel zu gut ist Schmeiffka, Bäume zu fällen und Moore zu
roden. Er ist ein Jäger, ist ein Handelsmann, erwirbt sich sein
Brot durch andere Unternehmen. Ein Held ist er! Mich er-
nährt er hier auch ohne das.

Schmeiffka hat beim Weggehen nichts von seinen Plänen
gesagt. Wenn er nur meinetwegen keinen Ärger hat! — Sei
es, wie es will. — Er hat mich hierher gebracht, hat mich ge-
beten, hier zu warten, als er behende in das Boot sprang,
daß das Wasser aufsprühte, und sich an die Ruder setzte und
anzog und rauschend davonfuhr, der sehnige geschmeidige
Bursch; wie er dort noch einmal den Hut schwang!

Marja sah und wartete und blühte von der Schwelle des
Häuschens auf den einsamen See. Da sah sie, ohne zu wissen,
wo, ohne zu wissen, ob sie sich auch nur dahin zurückfinden
würde, woher sie gekommen war. Und nachdem sie noch ein
leichtes Mal über den See geschaut, wandte sie sich in ihre
Hütte und legte sich auf ihr Bett, das für zwei breit genug
war. In der Nacht drang das Brausen der nahen Strom-
schnelle herein, es plätscherte die Welle am Strande, es rauschte
der Wald, bis sie einschlief, indem sie nur die eine Hälfte des
Bettes für sich nahm, damit die andere Hälfte unberührt sei,
wenn der Freund kam. Und es war so wönig, wie in einem
schönen Traum.

Es kam der Morgen, es kam ein zelter, wie ihrer schon
mehrere gekommen waren, aber der Freund kam noch nicht —
und mochte er nur ausbleiben. Ich werde hier schon allein
fertig. Und Marja untersuchte das Wehr und legte die Reize
aus und hob sie herauf und nahm die Fische aus und breitete
sie zum Trocknen aus, und immer länger wurde die Reihe, die
an dem Felsen in der Sonne aufgehängt war.

(Fortf. folgt.)

Schweres Blut.

Roman von Juhani Aho.

21]

„Eine Neue muß ein neues Haus haben! Wart so lange,
bis ich eine neue Stube und eine neue Kammer fertig habe.
Da schlagen wir einen solchen Bau auf, mit einem Steinsockel,
mit einem Schornstein drauf, wie ihn die Teerkrämer in der
Stadt nicht prächtiger haben.“ „Seht doch mal den Juhä an,
was der gemacht hat. Hat eine Reiche geheiratet, hat sich ein
Haus gebaut, wie es die Krämer in der Stadt nicht besser
haben. Hat sich eine neue Frau genommen!“ — „Such du mir
eine recht Junge und Schöne, Mutter — und eine, die auch
Kinder zur Welt bringen kann. Ich werde schon noch! Mit
der wird anders umgesprungen. Die wird gut gehalten, das
Essen auf den Tisch gebracht, von Mägden bedient wie eine
Pfarrersfrau, die Arbeit von Fremden gemacht, darf selber
in der Kammer sitzen und Strümpfe stricken.“

„Dazu ist auch dieses Gehöft gut genug.“

„Nicht da, nichts da, denn wenn ich sage, es wird ein
neues Haus gebaut, dann wird's gebaut!“

„Hast du denn die Kraft und das Geld dazu?“

„Ich? Die Kraft dazu? Ich?“

Juhä war von der Schwibbank heruntergestiegen und nach

der Hof hinaufgegangen, wobei er immer dieselben Worte

vor sich her sagte. Er sah auf der Treppe, als die Mutter

hinterher kam.

„Das Geld dazu? Was ist das dort für ein Hügel mit
dem Laubwald? Hast du einmal gesehen, was für eine
Schwende ich da habe? Ich nehme Männer und mache den
Hügel über den ganzen Scheitel hin dem Erdboden gleich.
Beim Brennen wird man die Flammen in zwei Reichen
sehen. Mit den Nachbarn wird geschritten, und mit den Nach-
barn werden die Säcke in zehn Lasten nach Oulu gefahren.
Die sieben Brüder, die eigenen Brüder, und die Dorfleute
helfen. An Marja in Karelien wird Nachricht geschickt. „Der
große Rauch kommt von der Schwende des seligen Juhä —
deines seligen Mannes — ach was! — des alten Juhä, des
reichen Mannes am Rajavaara. Er hat sich auf seine alten
Tage eine neue Frau genommen, hat ein neues Haus wie der
erste Krämer in der Stadt. Denkt an nichts mehr. Ist bloß
vergnügt, daß er eine neue gekriegt hat, die auch Kinder zur
Welt bringen kann. Dem geht's gut dort, der spaziert und

in der sehnigen Zeit solchen Plänen nachzugehen. Später allerdings wird, so hoffen wir, die Rote Armee die nächste und die letzte Vertreterin des Militarismus sein. Die Geisteswilligen werden für ihren Hochverrat etymologisch belohnt. Wir werden mit aller Kraft darauf hinwirken, daß nicht nur die Reichswehr, sondern daß dieses ganze verfehlte verlogene Staatsgebilde umgewandelt wird.

Hg. Emminger (Bayer. Sp.): Bei seiner Kritik übersieht Herr Däumig, daß es sich bei dem Zwermilliardenaufwand für das Fortkriegsheer gegenüber dem Fünfmilliardenaufwand für das heutige Heer in dem einen Falle um Goldmark, in dem anderen Falle um Papiermark handelt. Der Feindgeistliche ist für die Militärfeelsorge unbedingt notwendig.

Sortimentenbuchh. **Verw.**
Bertin SW 65, Lindenstr.



Cognatbrennerei Scharlachberg G. m. b. H., Bingen am Rhein

In aller Munde!

Oberschlesien, keine Angst!

Berlin, 28. Januar. (M.B.) Mit der Reise nach Oberschlesien sind keinerlei Gefahren verbunden. Das bestätigt der „Hoff. Sta.“ folgender Brief eines Teilnehmers der Sängerkolonne des Berliner Arbeitervereins:

Der Verein ist in den letzten Wochen nicht nur in Städten mit vorwiegend deutscher Bevölkerung gewesen, sondern auch in Kattowitz, Tarnowitz, Lublitz, Biele, Groß-Strehlitz, Peitzsch, Myslowitz, Hindenburg, Ragnitz, Laurahütte, Riechow, Kletitz, in Bezirken, die zum Teil als gefährdet gelten. Trotzdem der Zweck der Reise überall ganz genau bekannt war, ist keine einzige Unruhe oder Störung der Konzerte vorgekommen, obwohl auch zahlreiche Polen unsere Zuhörer waren. Man riskiert wirklich nichts, wenn man nach Oberschlesien geht.

Achtung, Identitätsnachweis!

Die im Reich wohnenden und im Abstammungsgebiet geborenen Personen müssen bei der Einreichung der Anträge Kategorie b an den paritätischen Ausschuss der Geburtsortsgemeinde zur Aufnahme in die Abstammungsliste mehrere Personen zur Identitätsfeststellung angeben. Sind Zeugen angeführt, die nicht am Geburtsort wohnen, so entstehen große Schwierigkeiten. Als Antragsteller werden daher aufgefordert, für die im Antrage angeführten Personen sofort selbst ihre Personalien, bei Frauen auch Mädchenname, Geburtsort, Alter, Religion, Name und Stand der Eltern anzugeben, damit sich diese an ihre alten Schulfreunde und Bekannten, die die ober-schlesische Heimat verlassen haben, leichter ermitteln lassen. Auf Geburts- und Heiratsurkunden legen die paritätischen Ausschüsse wenig Wert. Die Antragsteller können auch noch nachträglich weitere Identitätszeugen in unbeschränkter Zahl möglichst aus dem Geburtsort dem paritätischen Ausschuss durch Vermittlung der Vereinigten Verbände heimatischer Oberschlesier bekanntgeben.

Beamtenzuschläge durch Notverordnung?

Der preussische Finanzminister Büdeman hat, wie wir erfahren, an das preussische Staatsministerium den Antrag gestellt, die neuen Teuerungszuschläge der Beamten nach Art. 55 der preussischen Verfassung auf dem Wege einer Notverordnung zu gewähren. Die Notverordnung würde nach Ansicht des Ministers der Befreiung eines angemessenen Notstandes insofern dienen, als der gegenwärtige Zuschlag von gleichmäßig 70 Proz. zweifellos nicht ausreicht, um der inzwischen immer weiter gestiegenen Teuerung überall genügend Rechnung tragen und es auch, nachdem die Bezüge der Beamten in Preußen mit denjenigen der Beamten im Reich grundsätzlich in Übereinstimmung gebracht worden sind, nicht erträglich sein würde, wenn das Reich eine Erhöhung der Teuerungszuschläge eintreten ließe, Preußen aber nicht.

Betriebsräte und Aufsichtsrat.

Wie die B. V. A. von unterrichteter Seite hören, ist der Entwurf über die Teilnahme der Betriebsräte am Aufsichtsrat im Reichsministerium der Finanzen bereits fertiggestellt und wird dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages Anfang Februar zur Beratung vorgelegt. Der Entwurf regelt die Kompetenz der Betriebsräte im Aufsichtsrat und ihre Mitwirkung in den Aufsichtsratsentscheidungen. Ferner enthält er die Bestimmungen über das Einsetzungsrecht der von den Betriebsräten delegierten Aufsichtsratsmitglieder in die Bilanz.

Der Selbstschutz als Fahnenwache.

Burg d. Magdeburg, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In einem Brief an die hiesige Volkseigenen Zeitung schreibt sich der Vaterländische Jugendbund darüber, daß am 18. Januar junge Arbeiter das Eingreifen einer schwarz-armierten Fahne am Hause der Geschäftsstelle des Jugendbundes erzwungen haben. Es wird angekündigt, daß „am Geburtstage seiner Majestät“ wiederum eine schwarz-armierte Fahne aufgezogen würde. Für den Fall, daß die Volkseigenen Zeitung nicht innerhalb einer angemessenen Frist mitteilt, daß die Polizei mit dem Schutz des Hauses beauftragt sei, wird angekündigt, daß der „Vaterländische Selbstschutz“ mit der Fahnenwache beauftragt werden würde. Für diesen Fall wird jede Verantwortung für die aus etwaigem Waffengebrauch (des natürlich unbewaffneten Selbstschutzes!) Red. d. „V.“ entstehenden Folgen und jede Haftung dafür abgelehnt.

Waffenfunde in Mecklenburg.

Schwerin, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Schweriner Ordnungspolizei fand, wie die sozialdemokratische Zeitung „Das freie Wort“ berichtet, im Ortsteil Wuss in einem Versteck 13 gut instand gehaltene Infanteriegewehre nebst 500 Schuß Munition.

Kommunistenhilfe für Deutschnationale.

Der preussische Finanzminister Büdeman sprach gestern in Eberswalde in einer stark besuchten Wählerversammlung. Unter den Besuchern befanden sich zahlreiche Kommunisten, die sich vergeblich bemühten, durch unqualifizierbare Zwischenrufe und Androhung von Tätlichkeiten die Versammlung zu sprengen. Nachdem Büdeman in andächtig-bühnenförmiger Rede die politische Lage geschildert und gegen die zunehmende Rechtsentwicklung des Bürgerturns zur Einigung der Arbeiterschaft in der Sozialdemokratischen Partei aufgerufen hatte, nahmen in der Diskussion drei Kommunisten das Wort, um die angebliche Zwecklosigkeit des parlamentarischen Handelns darzutun. Heng, als Vertreter der K. A. P. D., erklärte den ganzen Parlamentarismus überhaupt für überflüssig und gab offen die Parole aus: „Auf zur Tat! Nicht zur Wahl gehen!“ Kahner versuchte den Versammelten die K. A. P. D. als „einzige richtige Partei“ zu empfehlen, erntete damit aber nur Gelächter, weil er selbst zugeben mußte, in zwei Jahren drei verschiedene Parteien angehört und noch bei der letzten Reichstagswahl die U. S. P. in derselben Weise als „einzige richtige Partei“ bezeichnet zu haben. Außerdem äußerte er selbst Zweifel, ob nicht die K. A. P. D. noch richtiger sei als die K. A. P. D. Und solche Leute, die alle paar Monate ihre Partei wie ein schmutziges Hemd wechseln und am Schluß nichts Besseres wissen, als den Arbeitern bei entscheidenden Parliamentswahlen eine ledigliche Stimmhaltung zu empfehlen, erheben den Anspruch, von ihren Parteigenossen als „Führer“ gewertet zu werden.

Das preussische Zentrum hat sich seine Kandidaten zu den preussischen Landtagswahlen fertiggestellt. Die ersten Namen auf der Liste sind: 1. Landtagsabgeordneter Dr. Wersch, 2. Frau Hahner, 3. Generalsekretär Müller, 4. Justizminister Am Ende.

Die Zukunft der Bekleidungsämter.

Der Hauptausschuss des Reichstages erließte in der Freitagssitzung den Etat des Reichsfinanzministeriums. Dabei kam es zu einer Debatte über die Reichsbekleidungsämter, von denen in nächster Zeit die in Breslau, Münster, Kassel, Wilhelmshafen und Göttingen aufgelöst werden sollen. Genosse Biele erhebt namens linker Fraktion Einspruch dagegen und verlangt, daß die Reichsbekleidungsämter weiter erhalten bleiben. Von sozialdemokratischer Seite wurde eine Entschließung eingebracht:

Die bestehenden Reichsbekleidungsämter unbedenklich weiter bestehen zu lassen; die ausgesprochenen Kündigungen der Arbeiter und Angestellten zurückzunehmen und die Rentabilität dadurch sicherzustellen, daß versucht wird, neben der Anfertigung von Uniformen für Angehörige der Wehrmacht und der Gipo, auch Kleidungsstücke für Reichs- und Staatsbeamte und die Zivilbevölkerung herzustellen zu lassen.

Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte, daß für die Rüstung für das Handwerk und die private Beklei-

Wer darf wählen?

Unter dem alten vorrevolutionären Dreiklassenwahlrecht zum Preussischen Landtag waren Voraussetzungen für die Wahlberechtigung die Staatsangehörigkeit und mindestens 5monatiger Wohnsitz. Diese Bedingungen sind neben anderen im neuen Landtagswahlrecht nicht enthalten. Es empfiehlt sich daher, besonders darauf hinzuwirken, daß Wähler zum Landtag alle über zwanzig Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen sind, die in Preußen wohnen. Wählen kann aber nur, wer in eine Wählerliste oder eine Wahlkarte eingetragen ist oder einen Wohnsitz hat. Pflicht jedes in Preußen wohnenden Reichsdeutschen ist es daher, dafür zu sorgen, daß er in die Wählerliste oder Wahlkarte seines Wohnorts eingetragen wird, falls sein Name dort fehlen sollte. Deshalb ist

Einsicht in die Wählerliste

notwendig. Namentlich gilt dies für junge Leute, die erst vor kurzem das wahlfähige Alter erreicht haben oder es bis zum Wahltag erreichen. Von ihnen werden viele nicht eingetragen sein. Aber auch ältere, schon längere Zeit im selben Hause Wohnende können in der Wählerliste fehlen. In Neubau ist dies sogar einem früheren Stadtvorstandes passiert, der seine Wohnung nicht angegeben hat.

Wer erst kurze Zeit in seinem Bezirk wohnt oder auch, wer bis zum Ende des Auslegens der Wählerliste noch zuzieht, muß sich sofort um die Eintragung seines Namens bemühen, wenn diese nicht bereits erfolgt ist oder er keinen Wohnsitz besitzt. Wer verzieht oder am Wahltag (20. Februar) nicht im Bezirk seines Wohnorts anwesend sein kann, muß sich einen Wahlchein ausstellen lassen. Mit dem letzteren kann er am Wahltag sein Wahlrecht dort ausüben, wo er gerade ist.

Die Ausübung des Wahlrechts ruht für die Soldaten während der Dauer der Zuneigung zur Wehrmacht. Ausgeschlossen von der Ausübung sind Entmündigte oder unter vaterlicher Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrauchs unter Pflegschaft stehende, sowie wer die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzt. Behindert in der Ausübung ihres Wahlrechts sind Personen, die wegen Geisteskrankheit oder Selbstschädigung in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind, ferner Straf- und Unterwuchungsgefangene sowie Personen, die infolge gerichtlicher oder polizeilicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden; ausgenommen hiervon sind Personen, die sich aus politischen Gründen in Schutzhaft befinden.

Wer noch nicht nachgesehen hat, ob sein Name eingetragen ist, muß dies sofort nachholen. Die Listen liegen nur noch am Sonntag und Montag aus. Darum:

Seht die Wählerlisten ein!

Industrie der Abbau der Bekleidungsämter notwendig erscheinen.

Der Vertreter der Deutschnationalen steht in der Erhaltung der Bekleidungsämter

Ein Stück Sozialisierung

und kämpfte daher gegen sie mit allen Mitteln an. Es wurde ein Unterschuß eingelegt, in den alle Fraktionen einen Vertreter entsandten. Festgestellt zu werden verdient, daß die Kommunisten im Hauptausschuß wieder unvertreten waren und demzufolge auch an den Verhandlungen des Unterausschusses nicht beteiligt sind.

Schließlich fand noch eine längere Debatte über den Verkauf der Niederländischen Kraftwerke an das R.W. statt.

Genosse Kahmann stellte fest, daß der Reichsfinanzminister nach einem im Elektrizitätsgesetz festgelegten Recht

keinen Gebrauch gemacht hat

und deshalb verschuldet, daß ein leistungsaffines Elektrizitätswert, das von neun Ländern erworben werden sollte, an das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk überging. In dem betreffenden Herr Stinnes einen sehr erheblichen Einfluß ausübt.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages wurde am Freitag das kommende Mietrechtsgesetz behandelt. Über das Reichsarbeitministerium Dr. Brauns berichtete. Preußen wünscht einen Ausbau auf der Grundsteuer, das Reich eine fünfprozentige Mietssteuer. — Hieran wurde über den Bau von Bergmannswohnungen verhandelt. Ministerialrat Dr. Glöckler teilte folgendes mit: Zuschuß erhielten im Ruhrgebiet 5600 Wohnungen; davon sind 1150 fertig, 3898 im Bau, 550 noch nicht angefangen. Aus Westfalen wurden im Ruhrgebiet 3765 Wohnungen gebaut, von denen 1848 bereits bezogen und bis 1. April weitere 1001 bezugsfertig sind. Insgesamt wurden im Deutschen Reich 16 228 Bergmannswohnungen, davon 4431 Mietswohnungen, gebaut.

Invalidenrenten, Erwerbslosenfürsorge und Wochenhilfsgesetz waren Gegenstand von Beratungen des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages. In einer Reihe von Petitionen wird die Abnahme der Invalidenrenten zum früheren halben Preis zwecks Hochlebens verlangt. Der Ausschuss beschloß über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. — In der Erwerbslosenfürsorge haben sich vielfach unhaltbare Zustände ergeben. Ein Antrag des Zentrums wünsch für die mehr als fünf Monate schuldlos Erwerbslosen für die Fürsorge. Die unabhängigen haben gleichfalls einen Antrag eingebracht, der eine Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge anstrebt. Einig war sich der Ausschuss in der Frage der Erhöhung der Leistungen für die Wochenhilfe.

Der Kriegsbeschädigtenausschuß des Reichstages kam nach einer Reihe von Sitzungen zu folgendem Ergebnis, das mit Ausnahme der U.S.P. und R.P.D. von allen Parteien angenommen wurde: Die Reichsregierung solle unverzüglich Schritte unternehmen, von der im § 57 des Reichs-Verl.-Gesetzes erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen und 1. die Teuerungszuschläge mit Wirkung vom 1. Januar 1921 von 25 auf 35 vom Hundert erhöhen; 2. im § 45 Abs. 2 den Betrag von 1500 M. auf 3000 M. zu erhöhen; 3. die Stufen des Einkommensteuerverpflichtigen Einkommens § 63 Abs. 1 Ziffer 1) je um 2000 M. zu erhöhen. Ein weitergehender Antrag der linken Parteien wurde abgelehnt.

Drems Präsident des Oberverwaltungsgerichts. Das preussische Staatsministerium hat, wie wir erfahren, den Staatsminister a. D. Dr. Drems zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts ernannt.

Unter polnischer Herrschaft.

Prag, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die polnischen Besatzungsbehörden in Lemberg stellen das Zentralorgan der ukrainischen Sozialdemokratie „Prerod“ (Vorwärts) ein und verhaften den Parteisekretär und Redakteur Amajunja, der nach Warschau gebracht wurde. Die Lemberger Arbeiterklasse protestierte in einer Massenversammlung gegen die Verfolgung der ukrainischen und der jüdischen Sozialdemokraten Ostgaliziens, über dessen Staatsangehörigkeit noch gar nicht entschieden ist und das von den Polen eben befehligt ist.

Häling für Danzig.

London, 28. Januar. (M.B.) Einem Berichterstatter der „Westminster Gazette“ erklärte General Häling die in der letzten Zeit verbreiteten Redungen über eine geplante Entsendung von Truppen nach Danzig für völlig unbegründet. Er werde in Danzig keine Truppen kommandieren. Der einzige Wächter für Gesetz und Ordnung sei die dortige Ortspolizei, die er außerordentlich schätze. Er und seine Familie freuten sich sehr auf das Wiedersehen mit ihren Danziger Freunden. Die Danziger Bevölkerung werde nur zu froh sein, wenn sie Kohlen bekomme. Die Polen hätten den Korridor gegen Danzig geschlossen und ließen keine mehr hereinkommen. Der General sprach sich sehr sympathisch über die Danziger Bevölkerung aus.

Zurückhaltung von Gefangenen.

Die Münchner Kriegsgefangenen durchgangsstelle ist in den Besitz von protokollierten Auslagen gekommen, nach denen sich auf dem Schloßberg bei Kronstadt in unterirdischen Kellerräumen und in ungesunden Verhältnissen neben Deutschösterreichern, Ungarn und Tschechen (Wienern) auch noch deutsche Kriegsgefangene befinden.

Auf eine Anfrage wegen der Zurückhaltung bayerischer Kriegsgefangener in Rußland teilte die Regierung dem Landtage mit, daß die russische Regierung infolge angeblich schlechter Verpflegung der Internierten im Lager Erlangen und ungeeigneten Verhaltens des dortigen Adjutanten einem Sowjetkommissar gegenüber etwa 60 bayerische Kriegsgefangene vom Rücktransport ausschloß und zurückhalte. Die Hoffentlichkeit der russischen Anschließungen habe sich aber sofort ergeben und die bayerische Gesandtschaft in Berlin habe gegen die Zurückhaltung scharfsten Protest erhoben. Wichtig sei, daß die russischen Internierten in bayerischen Lagern weniger Freiheit genießen als in anderen Lagern. Dies sei im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zum Schutze der bayerischen Zivilbevölkerung notwendig.

Monarchisten-Einfuhr.

Budapest, 28. Januar. (Ang. Telegr.-Korrespondenz.) Ministerpräsident Tisza erklärte Vertretern der Presse, er betrachte es als geradezu katastrophal für das Land, daß die Königsfrage in den Kampf der Tagespolitik hineingezogen werde. Nach seiner Ansicht würde jeder Versuch sein, die Königsfrage schon jetzt einer Entscheidung auszuliefern, der wertvolle Jahre im Reichen der Königsfrage vorgenommene Parteiarbeit als größte Gefahr für Ungarn.

Wirtschaft

Abgelehnte Kohlenpreiserhöhungen.

Der Reichskohlenverband und der Große Ausschuss des Reichskohlenrates hatten sich in ihrer getrigen Sitzung mit erneuten Anträgen auf Kohlenpreiserhöhungen zu beschäftigen. Für das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat wurde eine Preiserhöhung von 25 M. je Tonne beantragt, unter Bezugnahme auf bereits früher gestellte Anträge und auf das Ergebnis von Selbstkostenberechnungen, die durch den Reichskohlenverband und das Reichswirtschaftsministerium vorgenommen waren und die (allerdings nach Berücksichtigung eines erheblichen Abzugsabzuges) für den Monat Oktober einen Mindererlös von etwa 12—15 M. pro Tonne ergeben hätten. Der Antrag fand gegen eine Stimme Annahme.

Staatssekretär Prof. Dr. Hirsch erhob im Auftrage der Reichsregierung gegen diesen Beschluß aus Gründen des öffentlichen Wohles Einspruch. Die Reichsregierung habe in sehr eingehenden Erörterungen die Tatsachen geprüft, die zu dieser Stellungnahme führten. Entschieden für die Haltung der Reichsregierung seien Erwägungen gewesen, wie sie in der Sitzung auch von zwei Vertretern der Verbraucher hervorgehoben worden seien. Auf dem Weltmarkt sowohl als in Deutschland stünden wir innerlich eines allgemeinen Preisrückganges und Abzugs mangels; und eine Kohlenpreiserhöhung in diesem Zeitpunkt würde den Arbeitsmarkt und die Industrie unerträglich belasten.

In der Aussprache wurde die Begründung für die Ablehnung der Preiserhöhung als ungenügend bezeichnet und es fand ein Antrag Annahme, daß in Kürze eine Vollversammlung des Reichskohlenrates einberufen werden soll, in welcher die Reichsregierung ihre Haltung in der Kohlenpreisfrage eingehend darlegen soll.

Ein Antrag des Niedersächsischen Kohlenyndikats auf eine Preiserhöhung von 18,40 M. pro Tonne fand ebenfalls Annahme; er wurde indes mit der gleichen Begründung durch Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums beanstandet. Anträge des Mitteldeutschen und Ostfälischen Braunkohlenyndikats auf Preiserhöhungen von 3,70 M. je Tonne Rohkohle und 12,70 M. je Tonne Bräunkohle fanden schließlich keine Annahme, nachdem ein Antrag auf eine weitergehende Preiserhöhung von 6 bzw. 19,70 M. mit Einspruch bedroht und zurückgezogen worden war.

Zu der erneuten Beanstandung der vom Reichskohlenverband und Reichskohlenrat beschlossenen Preiserhöhung für rheinisch-westfälische Steinkohle äußert die „R. W. Z.“, daß diese Beanstandung auf einen ausdrücklichen erneuten Beschluß des Reichskabinetts zurückzuführen ist. Die entscheidende Sitzung des Kabinetts fand vorgerufen statt. Es ist Grund zur Annahme vorhanden, daß der Reichswirtschaftsminister mit der Preiserhöhung, der er gewogen gegenübersteht, trotz der Unterstützung durch den Reichsfinanzminister a. D. immer noch durchzudringen vermochte. Der Widerstand im Kabinett ist im wesentlichen auf die drei Zentrumsminister zurückzuführen. Der Reichskohlenverband hat mit Rücksicht auf die Unterbilanz, mit der der rheinisch-westfälische Steinkohlenbau arbeitet, die Flucht in die Öffentlichkeit beschloß und will eine sofortige Erhebung des Preises des Reichskohlenrates herbeiführen, um vor ihm die Frage der Preispolitik, wie sie vom Reichskabinett befolgt wird, vor der breitesten Öffentlichkeit zu erörtern.

Diese Meinung des Schwerindustriellen westdeutschen Blattes steht sehr nach Reizemaus. Diese ist um so unbegründeter, als der Reichswirtschaftsminister die Verantwortung für den Beschluß des Reichskabinetts auf sich genommen hat, indem er ihn durch seinen Staatssekretär vertreten ließ. Wir kommen auf die Kohlenpreisfrage noch zurück.

An die freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte
Groß-Berlins!

Berlin NW., Bismarck Str. 8 Berlin N., Biesenstr. 66
SO., Mariannenplatz 1 C., Barisdauer Platz 6/8
Der Hörerbeitrag beträgt pro Lehrgang von 10 Doppelstunden 6 M.

Wir fordern hierdurch die Betriebsräte auf, sich bei ihren Verbänden für die Teilnahme an den Kursen zu melden. Freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die nicht Betriebsräte sind, haben ebenfalls zu diesen Kursen Zutritt. Diejenigen, die bereits im Besitze der Anmeldeformulare sind, wollen dieselben ausgefüllt umgehend ihrem Verband zurückgeben oder direkt an das Bureau der Betriebsräte, Berlin SO., Engelsufer 15, Eingang B, 2. Hof, 1. Treppe, rechts, per Post einfinden.

Der Abbau der Versorgungs-Lazarette für Kriegsgeschiedigte hat zur Folge, daß eine Verminderung des Warte- und Pflegepersonals durchgeführt werden soll. Nach einer Versägung des Reichsarbeitsministeriums soll vom 1. Januar d. J. ab die Gesamtzahl an Personal in den vom Reich unterhaltenen Lazaretten höchstens 30 Prozent der Zahl der am 1. November 1920 besetzt gewesenen Lagerstätten betragen.

Gegen diese Verfügung protestierte am Freitag eine Versammlung der Betriebsräte der Verorgungslazarette und des Hauptanitätsdepots Berlin. Es wurde ausgeführt, daß die Verfügung gegen eine Vereinbarung des Reichsarbeitsministeriums mit der gewerkschaftlichen Vertretung des Personals verstößt und auch gegen einen Vergleichsvorschlag des Zentrallichtungsausschusses, der besagt, daß das Reichsarbeitsministerium mit dem Hauptbetriebsrat über Art und Umfang der erforderlichen Entlassungen im Sinne des § 74 des Betriebsrätegesetzes verhandeln und Entlassungen vor dem 15. Februar nicht vorgenommen werden sollen. — In Ausführung der Verfügung des Reichsarbeitsministeriums sollen die Entlassungen schon bis zum 15. Februar durchgeführt werden, ohne daß mit dem Betriebsrat verhandelt wird. Der Hauptbetriebsrat verschiebt sich nicht der Forderung des Reichsarbeitsministeriums, daß das Personal entsprechend der verminderten Arbeiten verringert wird. Dieser Abbau soll jedoch im Interesse des Reiches und der Kriegsofiser nur nach eingehender Prüfung der Verhältnisse erfolgen. Deshalb fordert der Hauptbetriebsrat, daß die Kündigungen und Entlassungen um ein Vierteljahr hinausgeschoben werden. Bei dem Abbau der Versorgungslazarette — so wurde behauptet — werde hauptsächlich berücksichtigt, daß der Ausgabenetat nicht ansteige. Dabei wurde den Interessen der Kriegseingesetzten nicht die gebührende Rücksicht zuteil. Das alles müsse eingehend untersucht werden. Die Zahl der nach der Verfügung des Reichsarbeitsministeriums zu Entlassenden wurde für Berlin von einem Redner auf 300, von einem anderen auf etwa 150 angegeben.

Die Verlamung nahm eine Resolution an, welche gegen das Vorgehen des Reichsarbeitsministeriums scharf protestiert und von den Betriebsräten erwartet, sie sollen dafür sorgen, daß kein Arbeiter oder Angestellter den Betrieb verläßt, ehe nicht die für diesen Fall in Frage kommenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes erfüllt werden.

Eine vom Afa-Otostartell am Donnerstag abgehaltene sehr zahl besuchte Versammlung der Angestellten in der Metallindustrie schloß auf Empfehlung der Zeitung des Zentralverbandes der Angestellten, den Gehaltstarif auf Ende Februar zu fälligen, weil beim Abschluß dieses Tarifs die jugendlichen und sogenannten niederen Angestellten keine Zulage erhalten haben. Das soll beim Abschluß eines neuen Gehaltsabkommens nachgeholt werden. Ferner wird verlangt, daß mit dem durch den gegenwärtigen Tarif eingeführten System der Verheirateten- und Familienzulagen gebrochen werde, weil es die Folge hat, daß die Unternehmer die verheirateten Angestellten abstoßen und nur noch ledige beschäftigen werden.

Dem Beschluß liegt eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen Vertretern des Abhandes und des deutichnationalen Handlungs- schiffenverbandes und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten orant. Das den Interessen der Unternehmer dienende Verhalten dieser auf bürgerlichem Boden stehenden Organisationen fand die missende Ablehnung der Verammlung, die sich ebenso bestimmt ür die dem Abhand angeschlossenen Organisationen erklärte.

Die bei der Firma Wirtschaftsgenossenschaft in der Abteilung Müllabfuhr tätigen Arbeitnehmer hatten durch den Deutschen Transportarbeiterverband den bestehenden Tarifvertrag der Gesellschaft per 31. Januar gekündigt. Ueber die eingereichten Forderungen wurde zwischen den Parteien am 27. Januar verhandelt mit dem Ergebnis, daß die Direktion zu den jetzigen Löhnen von 820 M. für Rautler und 800 M. für Schöffner eine prozentige Lohn-erhöhung zubilligte, diese aber davon abhängig machte, daß die Arbeitnehmer in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September statt 105 Kaffen pro Tag 120 Kaffen abfahren.

Eine am 27. Januar in den Konzertsälen, Kommandantenstr. 58/59, tagende Versammlung lehnte nach lebhafter Diskussion das Angebot entschieden ab. Gleichzeitig kam zum Ausdruck, daß, wenn die Ver-

Die Entente hat feierlich versprochen, jetzt endlich Ordnung in Oberschlesien zu schaffen. Sie wird das auch tun. Denn nach dem Friedensvertrag kann nur eine Volksabstimmung, die frei und unbeeinflusst vorgenommen wird, Anspruch auf Anerkennung haben. Schon hat die Entente eine Verstärkung der Truppen in Oberschlesien durch Italiener in bestimmte Aussicht gestellt. Der deutsche Außenminister Dr. Simons hat zugesagt, daß die deutsche Regierung die

bestimmt erreichen wird. Oberschlesier, **sichert Euch also unter allen Umständen Euer Wahlrecht.** Der **Entschluß zur Reise** steht Euch frei und ist jetzt noch nicht dringlich. **Unwiderruflich** aber ist Euer **Ausschluß vom Wahlrecht**, wenn Ihr den Antrag für die Stimmlisten nicht sofort stellt.

Die Meldestellen der Vereinigten Verbände heimat-treuer Oberschlesier, die an den Anschlagssäulen bekanntgegeben sind, nehmen Anträge entgegen und erteilen Rat und Hilfe bei der Ausfüllung der Formulare. Sie sind auch den ganzen Sonntag geöffnet.

handlungen nicht bis zum 31. Januar abgeschlossen sind und die Direktion kein befriedigendes Zugeständnis machen sollte, die Arbeit eingestellt wird. Eine im Sinne dieser Forderungen sich bewegende Resolution fand einstimmige Annahme.

Auf Veranlassung und unter Vorsitz des Bürgermeisters von Teltow, Herrn Oberreich, fand am Mittwoch, den 26. Januar, im Rathhaus eine Verhandlung statt, die sich mit den in Streit befindlichen Arbeitern der Biomafabrik beschäftigte. Nach mehrstündiger Verhandlung kam unter der Voraussetzung, daß zu guter Letzt die Streitenden darüber zu befinden haben, folgender Vergleich zustande:

Alle Streikenden werden wieder eingestellt. Alle im Betriebe Beschäftigten erhalten, soweit dieses noch nicht geschehen, eine Teuerungszulage von 40 M. für männliche und 25 M. für weibliche Arbeitnehmer ab 15. Dezember 1920. Die Organisation verpflichtet sich, den gestellten Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des am 27. November vor dem Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruchs als erledigt zu betrachten. Der alte, von Seiten der Firma gefälligte Tarifvertrag tritt wieder in Kraft und gilt bis zum 31. März 1921. Der Betriebsinhaber verpflichtet sich, bei Neuregelung der Lohnverhältnisse mit den hinzugezogenen Organisationsvertretern der Arbeiter zu verhandeln.

Da der wichtigste Punkt, Anerkennung der Organisation, zur Zufriedenheit der Arbeitnehmer ausgefallen war, lag kein Grund vor, länger im Streit zu verharren. Der Vergleich wurde von den Arbeitern akzeptiert und die Arbeit wieder aufgenommen.

Die unter den Schiffmannschaften geradezu Verachtete
Spree- & Havel- Dampfschiffahrtsgesellschaft

1. Stern* hat zwei Schiffsführer ihrer Funktionen entlassen, weil sie zur Ausübung ihrer bisherigen Arbeit zu alt wären. Für ihre neue Arbeit zahlt die Firma den beiden Arbeitsveteranen je 500 M. Monatsgehalt. Der eine ist 41, der andere gar 47 Jahre bei der Gesellschaft tätig. Vor Festsetzung dieses Hungerlohnes hat sich die Firma vorsichtigerweise erst erkundigt, wie hoch die Rente ist, die die beiden Schiffsführer beziehen. Der Mann mit den 47 Dienstjahren hat noch für eine kranke Frau zu sorgen, die jahrelang die Bureaus der Firma reinigte, aber nicht in der Krankenlosse versichert wurde. Für die sträfliche Unterlassungsfünde — wenn es nichts Schlimmeres ist — der Firma muß jetzt der Mann mit seinen 500 M. Monatsgehalt einspringen, indem er Arzt und Arznei aus seiner Tasche zahlt.

Die Schiffsahrtsgesellschaft „Stern“ ist wirklich kein Stern erster Ordnung am sozialen Himmel Deutschlands. Die Behandlung der beiden Arbeitsveteranen zeigt den deutschen Arbeitern wieder einmal, wie es um das Wohlwoilen der Kapitalistenklasse um die Arbeiterklasse steht.

Achtung, Maler! In Oberschlesien abstimmungsberechtigzte Maler, Lackierer, Anstreicher usw., versäumen nicht, die Frist zur Anmeldung in die Listen und eure Abstimmungspflicht auszuüben. Der Arbeitgeberverband im Malergewerbe hat beschließen, den nach Oberschlesien fahrenden Abstimmenden den vollen Lohnausfall für die zur Abstimmung notwendige Zeit zu vergüten. Verband der Maler, Filiale Berlin.

Achtung, Töpfer! Ueber die Firma Carl Weber, Töpfermeister, Hindenburgdamm 88, ist wegen Nichtbezahlung der tarifmäßigen Löhne die Sperre verhängt. Zentralverband der Töpfer, Filiale Berlin.

Hamburg, 28. Januar. (Ill.) Die Urabstimmung unter den Vertretungsangestellten über das Angebot der Direktion hat gestern stattgefunden. Wenn auch die Auszählung noch nicht vollendet ist, so konnte schon festgestellt werden, daß eine Mehrheit für die Ablehnung unter keinen Umständen herauskommen wird. Es ist demnach mit einer friedlichen Einigung zu rechnen.

London, 28. Januar. (S.T.B.) Nach einer Meldung aus Grimsby hat der Verband der britischen Seeleute infolge der angekündigten Lohnherabsetzung um 40 Proz. beschloffen, in den Ausstand zu treten.

Deutscher Werkmeisterverband, Betriebs-, Ob- und Vertrauensleute sowie Funktionäre der Fachgruppe „Metallindustrie“, Versammlung Sonntag, den 20. Januar, vormittags 9 Uhr, Schulthei, Neue Jakobstr. 24/25; Metalltarif.

Der gute Ruf des Angeklagten.

Nach Beendigung des Krieges ist es häufig vorgekommen, daß Geschäftsleute, die allgemein als redlich galten, in dem allgemeinen Wirrwarr Sachen angefaßt haben, die auf strafbare Weise erworben waren. Es erregt dann allgemeines Erstaunen, wenn solche Personen wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu entehrender Zuchthausstrafe verurteilt werden. Derartige Urteile, in denen der subjektive Taterstand äußerlich einwandfrei festgestellt erscheint, ist auf dem Wege der Revision schwer beizukommen und nur ausnahmsweise gelingt es einem Angeklagten, die Aufhebung des Urteils zu erlangen. Ein solcher Fall ereignete sich kürzlich. Vom Landgericht Frankfurt a. M. ist am 4. November 1919 Dr. Meher Alfons Eppmann wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu der Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus verurteilt worden, weil er im Oktober 1918 in einer Reihe von Fällen Stoffe Kleidungsstücke usw. angekauft hatte, die aus Einbruchsdiebstählen herrührten. Die Diebstähle wurden in den Tageszeitungen bekannt gemacht und der Angeklagte hat dann einen großen Teil der Sachen, soweit er sie noch im Besitz hatte, zurückgegeben. Daraus, daß er (nachträglich) von den Diebstählen gelassen hat, und aus der früher gemachten Angabe einer jetzt nicht auffindbaren Zeugin, daß der Angeklagte die diebische Herkunft der Sachen bekannt habe, hat das Gericht den Hehlerdolus hergeleitet. Zwei Verteidiger, von denen der eine ein langjähriger persönlicher Bekannter des Angeklagten ist, suchten in der Verhandlung vor dem Reichsgericht das Urteil zu Fall zu bringen. Der Reichsanwalt stimmte ihnen in einem wesentlichen Punkte bei und das Reichsgericht hob das Urteil unter Zurückweisung der Sache an das Landgericht a. u. f. Das Landgericht hatte den Antrag nicht fimgemäß aufgefaßt und bei der Ablehnung nur als wahr unterstellt, daß das geschäftliche Verhalten des Angeklagten in den Kreisen seiner Berufsgenossen als einwandfrei gelte.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glucke, Berlin. Verlag: Bornträger-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornträger-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Binderstr. 3. **Preis 1 Mark.**

HERMANN TIETZ